**Bezugspreis** für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
**Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
**Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der teweiligen Kreise wochentäglich).
**Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2448 2449 und 2450.
**Geschäftsstelle:** Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
**Berliner Redaktion.** Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Nollendorf 883

# Münsterischer Anzeiger

## und Münsterische Volkszeitung

**Morgen-Ausgabe** **76. Jahrgang**

**Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.**

**Anzeigen.** Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
**Reklamen:** Das mm 90 Pfg (Spaltenzeile 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
**Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht.
**Postscheckkonto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

**Erstes Blatt** · **Montag, 19. Dezember 1927** · **Nr. 1311**

# Die Haushaltsberatungen im Landtag.

### Eine Debatte über den Einheitsstaat.

prd. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.)

Im weiteren Verlaufe der

**Haushaltsaussprache**

im Landtage erklärte Abg. **Uebermel** (Dntl.) unter Zurückweisung der Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann, daß die Republikaner ihrer Sache keine guten Dienste leisteten, wenn sie gegen schwarz-weiß-rot zu Felde ziehen. Der Finanzminister müsse offen den Fehlbetrag des Haushaltes zugeben.

Abg. **Heß** (Z.) weist auf die Notwendigkeit hin, eine besondere Schule für den katholischen Volksteil in Osterode zu schaffen. Bezeichnend für die unparitätische Behandlung sei auch der Fall einer westfälischen Gemeinde, wo ein katholischer Stadtrat ausgeschieden war und die anderen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie sich ohne das Zentrum zusammenfanden, um einen evangelischen Nachfolger zu wählen. (Hört, Hört! im Zentrum.) An das Werk des Einheitsstaates dürfe man nur recht vorsichtig herangehen. Die Demokratische Partei, die den Gedanken des Einheitsstaates als Wahlparole erhoben habe, werde hoffentlich besseren Erfolg damit haben als bei ihren früheren Wahlparolen. (Heiterkeit.) Es handele sich um eine innerdeutsche Sache, in der Ausländer nicht zu reden hätten. Bei dem Kampf gegen die angeblich zu vielen Parteien in Deutschland wurde mit übertriebenen Zahlen gearbeitet. Zu bekämpfen sei die Ausdehnung von Stadtstaaten auf das flache Land. Das Zentrum begrüße die im Januar stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz, bitte jedoch den preußischen Ministerpräsidenten, den Landtag über die Arbeiten dieser Konferenz in sehr prägnanter Form auf dem Laufenden zu halten. Es sei abzuwarten, ob die demokratische Partei auch praktisch das Wort „Deutschland muß leben, wenn Preußen auch stürzt" bestätigen werde, auch wenn die zwei Dutzend demokratischen Sendboten darüber über die Klinge springen. (Lebhafte Heiterkeit auf der Rechten.) Der Redner erklärt, er müsse dem Ministerpräsidenten sagen, daß das Zentrum nicht daran denke, sich einfach in das Schlepptau großliberaler Anschauungen nehmen zu lassen. Der Landtag hätte fruchtbarer gearbeitet, wenn die Volkspartei mitgemacht hätte. Die Deutsche Volkspartei habe aber schon hundertmal ihren Geniestreich bedauert, der sie aus der preußischen Koalition austreten ließ. (Ironische Zustimmung links.) Den Finanzminister würdige das Zentrum, obgleich es ihn nicht mag wegen seiner Abneigung gegen alles Katholische. Von der Deutschen Volkspartei lasse sich das Zentrum nicht die Marschroute vorschreiben. Auch eine schwache Regierung lasse sich nicht stürzen, wenn sie mit Konsequenz und Zähigkeit sich behaupte. Diese Lehre werde das Zentrum in Preußen weiter beachten, gleichgültig, wie die Regierung später aussehe. Der Redner wandte sich auch gegen die Darlegung des Präsidenten des Städtetages, Mulert, in Magdeburg, die dieser über den Einheitsstaat und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gemacht habe. Ueber die anzuerkennende Notlage der Beamten durfte die ebenso große Not des Mittelstandes, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft nicht vergessen werden. Die Arbeiterschaft ziehe aus der Zustimmung der Unternehmer zur Beamtenbesoldung und ihrer Ablehnung von höheren Löhnen den Schluß, daß die Unternehmerschaft in einer zufriedenen Beamtenschaft sich eine reaktionäre Hilfstruppe und mittelst der Spanne zwischen Gehälter- und Löhnen den Unterbau eines Klassenstaates aus verflossener Zeit aufbauen wolle. Vor den Folgen eines solchen Gegensatzes müsse man warnen.

**Ministerpräsident Braun** nahm in Erwiderung auf die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Heß zur Frage des Einheitsstaates das Wort. Der Ministerpräsident erklärte, er stimme mit dem Abgeordneten Heß überein, daß die Frage des Einheitsstaates garnicht akut sei. Diese Dinge seien viel zwangsläufiger, als manche Konstrukteure von Ideen über den Einheitsstaat sich das dächten. Man müsse nicht noch eine neue Konstruktion austipsteln. Unerklärlich sei ihm, daß diese Feststellung beim Abg Heß eine solche Bestürzung habe auslösen können, um so mehr, als der Abg. Heß ihm, dem Ministerpräsidenten, für seine streng sachliche Auffassung geradezu selbst Material vorgelegt habe. Die Tatsache, daß der Präsident des Deutschen Städtetages, der früher als Ministerialbeamter Föderalist gewesen sei, sich jetzt zu einem begeisterten Unitaristen entwickelt habe, zeige, daß die Dinge oft stärker seien, als der einzelne Menschenwille. Die Gestaltung der deutschen staatsrechtlichen Verhältnisse, insbesondere das Verhältnis der Länder zum Reiche, sei lediglich eine innerdeutsche Angelegenheit. Wolle man diese Entwickelung beeinflussen, so sei eine öffentliche Kritik erforderlich, die so gestaltet werden müsse, daß im Auslande und Inlande nicht ein Zerrbild von dem entstehe, was sich tatsächlich vollziehe. Diesen Wunsch richte er an die Presse aller Schattierungen. Der Ministerpräsident erklärte weiter, er könne dem Abg. Heß nicht darin zustimmen, daß die Frage des Einheitsstaates das Herzstück der deutschen Politik sei. Man habe größere, wichtigere und sehr viele dringlichere Aufgaben zu lösen. Der Abg. Heß habe auch die im Januar stattfindende Ministerpräsidenten-Konferenz überschätzt. Es müsse erneut betont werden, daß diese auf Veranlassung des preußischen Ministerpräsidenten einberufene Konferenz sich lediglich auf eine informatorische Aussprache beschränken solle. Es solle dabei der Zustand beseitigt werden, daß die Leiter der einzelnen Staaten alle verschiedene Auffassungen über die Deutung des Wortes „Einheitsstaat" hätten. Der Ministerpräsident schloß mit der Erklärung, daß selbstverständlich der Landtag über die Länderkonferenz informiert werde, wenn sich einige positive Niederschläge aus den Verhandlungen ergeben sollten. Für die Frage des Einheitsstaates gelte das Wort: „So schnell schießen die Preußen nicht."

Abg. **Ledig** (DVp.) erklärt, der Finanzminister habe die Kritik des volksparteilichen Abgeordneten Richter falsch aufgefaßt. Die preußische Finanzlage weise eine zugespitzte Situation auf. Der Finanzminister hätte sagen müssen, wie er sich die Deckung des Fehlbetrages denke. Der mit vier Millionen veranschlagte Berliner Opernhausumbau koste heute 13 Millionen Mark. Das Finanzministerium sei für den Bau verantwortlich. Die Ausführungen des Abg. Heß hätten starke politische Bedeutung, wenn er namens seiner Fraktion gesprochen habe. Ob das Tatsache sei, wisse man bei Herrn Heß nicht. Mit diesen Ausführungen sei die berüchtigte Entschließung des Zentrum über den Einheitsstaat aus dem Jahre 1921 nicht zu vereinbaren. Wenn der Ministerpräsident inbezug auf den Einheitsstaat sage, die Preußen schießen nicht so schnell, so müsse man verhindern, daß nicht die anderen auf Preußen schießen. (Heiterkeit.) Die von dem Abg. Heß angegebenen politischen Ziele für die Regierungskoalition seien sehr bescheiden gewesen. Im Reiche wäre die preußische Regierungskoalition schon 20mal gestürzt worden. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Die Deutsche Volkspartei habe nie diktatorische Opposition geübt.

Damit ist die erste Lesung des Etats beendet. Der Antrag des Verkehrsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, für die Durchführung des Staatsgerichtsurteils bei der Ernennung eines preußischen Vertreters für den Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn, Sorge zu tragen wird angenommen.

Der Präsident entläßt die Abgeordneten mit den besten Wünschen für das Weihnachtsfest.

Die nächste Sitzung des Landtages soll am 17. Januar 12 Uhr stattfinden. Die Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsidenten überlassen.

# Der Konflikt in der Eisenindustrie.

### Beide Parteien lehnen den Schiedsspruch ab.

### Ablehnung durch die Arbeitgeber.

**Düsseldorf**, 17. Dez. In der umfangreichen Begründung der Ablehnung des Schiedsspruches in der Eisenindustrie durch die Arbeitgeber wird u. a. darauf hingewiesen, daß in dem Teil des Schiedsspruches, der die Arbeitszeit regelt, die Röhrengießereien und Hochofengießereien nicht berücksichtigt seien. Es sei unmöglich, in diesen Betrieben in der dreimal Achtstundenschicht zu arbeiten, da sonst ein erheblicher Produktionsausfall zu befürchten sei. Sinngemäß müsse für diese Betriebe die gleiche Regelung eingeführt werden wie für die Hammer- und Preßwerke und die entsprechenden Walzwerke. Von Arbeitgeberseite sei bei Verlesung des Schiedsspruches auf diese sehr wichtigen Punkte ausdrücklich hingewiesen worden. Weiterhin wird in der Begründung darauf hingewiesen, daß im Schiedsspruch über die Arbeitszeit für die Hochofenmaschinisten sowie für die Agglomerier- und Sinteranlagen frei vereinbart wurde und erhebliche Zugeständnisse der Arbeitgeberseite darstellt. Die Arbeitgeber hätten mit diesem Schritt des freiwilligen Entgegenkommens in einer Sache, die durch Erlaß über die Arbeitszeit nicht zur Erörterung gestellt war, ihre Bereitwilligkeit zu einer friedlichen Verständigung besonders unterstreichen wollen.

In dem gleichen Sinne sei das Zugeständnis zu werten, daß die Arbeitgeber bezüglich des Schichtanfanges am Sonntagabend gemacht haben. Nach dem Wortlaut des Gesetzes bzw. der Verordnung hätten die Arbeitgeber das Recht den sonntäglichen Arbeitsanfang um 6 Uhr abends auf der ganzen Linie zu verlangen.

Als besonders schwerwiegend sieht die Begründung den Teil des Schiedsspruches an, in dem den zurzeit noch in zweigeteilter Schicht arbeitenden Hochofenarbeitern und den Arbeitern der angeschlossenen Reparaturwerkstätten ab 1. Juni 1928 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden zugebilligt wird. Von dieser Regelung würden 12 000 Arbeiter erfaßt; sie sei nur durchführbar, wenn eine entsprechende Zahl von Stellvertretern zur Einstellung gelange.

Weiterhin geht die Begründung auf die durch den Schiedsspruch vorgenommene Erhöhung der Lohnzuschläge für Mehrarbeit von 12½ auf 25 Prozent ein. Die Arbeitgeberseite habe, um ein Entgegenkommen zu zeigen, freiwillig eine Erhöhung von 12½ auf 15 Prozent angeboten, sie müsse darum nach dem ganzen Gang der Verhandlungen über die unerwartete Erhöhung auf 25 Prozent bestürzt sein.

Die Begründung beschäftigt sich dann ausführlich mit dem die Lohnverhältnisse regelnden Teil des Gesamtschiedsspruches und lehnt vor allem die allgemeine Lohnerhöhung grundsätzlich ab. Es sei in ausführlichen Darlegungen bewiesen worden, daß der Durchschnittsverdienst der Hüttenarbeiter durchaus angemessen und gut sei. Der Durchschnittsverdienst liege beispielsweise für die Hüttenarbeiter der Vereinigten Stahlwerke im Oktober auf 90,8 Pfg. die Stunde. Die Arbeitgeber seien der begründeten Auffassung, daß ein solcher Verdienst den Zeitumständen angemessen ist und der Arbeiterschaft eine gute Lebenshaltung ermöglicht. Die dauernden Lohnerhöhungen, die von den Schiedsinstanzen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage bewilligt werden, brächten große Gefahren für die Gesamtwirtschaft mit sich und seien nur dazu angetan, eine Teuerung heraufzubeschwören. Auch in den großen Stapelartikeln der Eisenerzeugung könnte heute von angemessenem Verdienst keine Rede sein. Die Exportfähigkeit sowohl der eisenschaffenden wie der eisenverarbeitenden Industrie, deren mißliche Lage auch von den Gewerkschaften anerkannt worden sei, werde bei Bestehenbleiben des Spruches weiter verringert. Auch in der Frage des Lohnausgleiches gehe der Schlichter weit über das hinaus, was von Arbeitgeberseite als annehmbar bezeichnet werden könne. Die Arbeitgeber seien der Meinung gewesen, daß sie etwa ein Drittel dieses Lohnausgleichs zu ihren Lasten nehmen können, während die beiden letzten Drittel die Arbeitnehmer tragen sollten, die, wie der Schiedsspruch selbst feststellt, einen wenigstens zeitweisen Ausfall an Verdienst für die verkürzte Arbeitszeit auf sich nehmen müssen. Statt dessen billige aber der Schiedsspruch den Arbeitern einen Lohnausgleich zu, der die Werke erheblich über die nur bedingten wirtschaftlichen Vorteile hinaus belastet, die die Werke durch die Sonntagsarbeit erzielen könnten. Aus allen diesen Gründen könnten die beiden Schiedssprüche über Arbeitszeit und Löhne nur abgelehnt werden.

### Auch die Arbeitnehmer lehnen ab.

**Der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter H. D. lehnt den Schiedsspruch ab.**

tu. **Essen**, 18. Dez. Der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter H. D. nahm in einer heute hier abgehaltenen Konferenz der Vorstände und Vertrauensmänner im Beisein eines Vertreters des Hauptvorstandes zum Schiedsspruch Nordwest Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Schiedsspruch sowohl mit Bezug auf die Arbeitszeit als auch auf die Lohnfrage für unannehmbar erklärt und abgelehnt wird.

**Der Deutsche Metallarbeiterverband lehnt die Schiedssprüche ab.**

tu **Essen**, 18. Dez. Die heute Delegierten- und Geschäftsführerkonferenz der freigewerkschaftlich organisierten Hütten- und Metallarbeiter für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Maschinenindustrie lehnte nach Entgegennahme des Berichtes über die Arbeitszeit- und Lohnverhandlungen die beiden Schiedssprüche mit Ausnahme der von den Unterhändlern des DHV. getroffenen Vereinbarungen und des Zuschlages von 25 Prozent für Mehrarbeit einmütig ab.

**Der Christliche Metallarbeiterverband lehnt nur den Lohnschiedsspruch ab.**

tu **Mühlheim**, 18. Dez. Durch den Beschluß der heute hier tagenden Bezirkskonferenz Nordwest des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes wurde der Lohnschiedsspruch abgelehnt. In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Schiedsspruch nicht den billigen und berechtigten Ansprüchen der Arbeitnehmer entspricht. Dagegen wurde der Schiedsspruch über die Arbeitszeitregelung mit 63 zu 45 Stimmen angenommen, da die Regelung, wie es in der Begründung heißt, einen unverkennbaren Fortschritt darstelle. Die Bezirkskonferenz hat ferner beschlossen, die Gewerkschaft bei der Prüfung der Anträge der Industrie mitwirken zu lassen. Ferner sollen wilde Aktionen unter allen Umständen vermieden werden. Bei der Feststellung der Rentabilität der Werke müßten die Gewerkschaften ebenfalls mitwirken. Die Konferenz unterstützt daher nachdrücklichst die während der Verhandlungen erhobene Forderung der Vertreter des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes auf Einführung von Übereinkommen, wie sie in der englischen Eisenindustrie schon seit Jahren üblich seien. Nach diesen Übereinkommen unterhalten die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unabhängig voneinander vereidigte Buchrüfer, die gemeinsame Untersuchungen über die Rentabilität der Werke anstellen.

# Der Reichshaushalt 1928 vor dem Reichsrat.

### Streichung des Panzerschiffes und weiterer Positionen am Wehretat.

**Berlin**, 17. Dez. Der Reichsrat hielt heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler eine Sitzung ab. Zum neuen Reichsetat führte der Hauptberichterstatter, preußischer Ministerialdirektor Dr. Brecht, u. a. folgendes aus: Zu den Personalausgaben, die wegen der Besoldungsreform nur in geschätzten Gesamtsummen aufgeführt sind, kann der Reichsrat zu der Zahl der Stellen und zu den Eingruppierungen erst Stellung nehmen, wenn der Ergänzungshaushalt vorliegt. Die Klarheit und Uebersichtlichkeit des Entwurfs ist weiter erhöht. Materiell ist es gelungen, den Entwurf für 1928 in der starken Höhe von 95 Milliarden RM ins Gleichgewicht zu bringen. Davon entfallen nur 146,3 Millionen RM. auf den außerordentlichen Haushalt. (Im Vorjahr 476,2 Millionen.) Dies hängt mit der Einschränkung des Anleihewesens zusammen. Es stehen jetzt noch 914 Millionen RM. aus früher bewilligten Anleihen ungenutzt offen, und um diesen Betrag weiter zu vermindern, soll der sog. Betriebsmittelfonds, der aus Münzgewinnen des Jahres 1924 entstanden war, aufgelöst und mit 62 Millionen zur Deckung des Anleihebedarfs verwendet werden, so daß sich die offenen Anleihebewilligungen auf 852 Millionen RM. vermindern. Die Herabsetzung der außerordentlichen Ausgaben ist teils dadurch erreicht, daß ein Teil der Ausgaben aus dem außerordentlichen Haushalt in den ordentlichen Haushalt übernommen worden ist, teils dadurch, daß das Tempo für die Kanalbauten, die den Hauptstock der außerordentlichen Ausgaben bilden, sehr stark verlangsamt wurde. Hier sind nur 58.1 Millionen eingesetzt. Ist so der außerordentliche Haushalt stark zusammengeschrumpft, so war dies beim ordentlichen Haushalt nicht möglich. Hier stehen 9356 Millionen im Regierungsentwurf für 1928 einer Summe von 8657 Millionen für 1927 gegenüber. Die ordentlichen Ausgaben zur Erfüllung des Londoner Abkommens aus dem Haushalt steigen allein um 396,3 Millionen, die Ueberweisungen an die Länder um 324,9 Millionen. Die übrigen Ausgaben sind um rund 22 Millionen gesenkt. Diese Senkung entfällt lediglich auf die einmaligen Ausgaben.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben es für notwendig gehalten, für die schwer leidenden östlichen und südöstlichen Grenzgebiete 20 Millionen und für die westlichen besetzten Gebiete neben den im Haushalt bereits vorgesehenen Mitteln noch 8,3 Millionen wieder einzusetzen. Außerdem haben die Reichsratsausschüsse beschlossen, die Mittel gegen den Alkoholismus durch Hinzufügung von 400 000 RM. ganz und den Fonds für den Erholungsaufenthalt von Kindern, Kriegsbeschädigter und Sozialversicherter zum Teil, nämlich in der Höhe von 1 Millionen RM. wieder herzustellen. Die Ausschüsse haben geglaubt, mit Rücksicht auf die weitere günstige Entwicklung der Eingänge die Einstellung der Ueberschüsse in den Haushalt von der Schätzung auf 160 Millionen auf 193,3 Millionen RM erhöhen zu können, sodaß damit der Haushalt für 1928 im Gleichgewicht ist.

Der Redner gab dann ein Gesamtbild über die Verteilung der Nettoausgaben in Höhe von 9300,4 Millionen RM. Davon entfallen auf die drei Hauptposten für die Liquidation des Krieges (Londoner Abkommen), innere Kriegslasten, Versorgung der alten Kriegsteilnehmer rund 3177 Millionen RM. Wenn nun auch der Haushalt für 1928 ins Gleichgewicht gebracht werden konnte, so muß man doch, wie der Redner ausführt mit großer Sorge dem kommenden Haushalt für 1929 entgegensehen, wo sich die haushaltsmäßigen Leistungen für das Londoner Abkommen noch um weitere 292,8 Millionen RM. erhöhen. **Bei gleichbleibenden Ausgaben muß im Jahre 1929 nach reichlich drei Viertel Milliarden Rm. über die übrigen Einnahmequellen hinaus gesucht werden.** Selbst wenn keine Rückschläge eintreten und sich die Steuereinnahmen günstig entwickeln, wird die Deckung außerordentliche Schwierigkeiten bereiten. Allerdings kann eine wesentliche Hilfe für 1929 aus dem Rückfluß der Kleinwohnungsbaukredite von 200 Millionen RM. erwartet werden. Aber selbst dann bleibt noch eine halbe Milliarde ungedeckt und für die späteren Jahre stehen diese besonderen Mittel nicht zur Verfügung. **Es muß daher, auf weitere große Ersparnisse mit aller Kraft hingearbeitet werden. Ein erheblicher Rückgang der Versorgungsgebührnisse für die Kriegsteilnehmer ist** nicht zu erwarten. Die Ausgaben für soziale Zwecke könnten sich eher noch erhöhen, wenn wirtschaftliche Rückschläge eintreten. Eine wesentliche Erleichterung könnte allerdings von dem Posten für die inneren Kriegslasten zu erwarten sein, da die Ausgabe für die Besetzung deutscher Gebiete außer den über Reparationskonto gehenden Leistungen trotz starker Senkung immer noch 60 bis 70 Millionen im nächsten Jahre verschlingt. Der Reichsrat spricht die Hoffnung aus, daß die Befreiung von diesen für alle Beteiligten vollständig unfruchtbaren Aufwendungen baldigst erreicht wird. Ob Zusammenlegungen von Reichs- und Länderbehörden oder eine andere Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden große Ersparnisse bringen können, ist eine umstrittene Frage. Die deutsche Verwaltung ist sicherlich weder schlecht noch teuer und auch im ganzen besser als ihr Ruf, nur undurchsichtig.

Der Berichterstatter betont die Notwendigkeit, daß die eingeleiteten gemeinsamen Besprechungen über diese Fragen zu größerer Klarheit führen. Wenn Deutschland nicht in der Lage sein sollte, seine Gesamtausgaben weiter einzuschränken, und die höheren Gesamtsummen auf die Dauer zu beschaffen, so müsse sich die äußerste Billigkeit der Verwaltung nicht nur dem Ausland, sondern in erster Linie zur Vermeidung schwerer politischer Erschütterungen dem deutschen Volke selbst klar erweisen. Der Berichterstatter stellt zum Schluß fest, daß der Reichsrat den Etat durch seine Beschlüsse um 33 Millionen erhöht hat, durch entsprechend höhere Einschätzung der Ueberschüsse, balanziert der Etat jetzt mit 9536 Millionen. Er beantragt, dem Etat in der Fassung der Ausschußbeschlüsse zuzustimmen.

Bei der weiteren Beratung des Etats wurde ein preußischer Antrag mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen, wonach 1,3 Millionen RM. für Neubauten von Finanzämtern gestrichen werden. **Gegen den lebhaften Widerspruch des Reichswehrministers wurde auf preußischen Antrag die erste Rate von 9.3 Millionen für den Neubau eines Panzerschiffes mit 36 gegen 32 Stimmen gestrichen.** Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage an den Reichstag leiten werde. Desgleichen wurde mit **demselben Stimmenverhältnis weitere Mittel in Höhe von 6,3 Millionen am Wehretat gestrichen.** Gegen diese Streichungen stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg Bremen, Mecklenburg-Strelitz sowie die Vertreter der preußischen Provinzen Ostpreußen Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Schleswig-Holstein. Die Zentrumsvertreter der Provinzen stimmten also für Streichung am Wehretat.

Im übrigen wurde der Etat genehmigt.

# Raubmord?

⚘ **Münster**, 18. Dez. Das Gerücht über einen Raubmord durcheilte heute vormittag unsere Stadt. Es hieß, daß man auf dem neuen St. Mauritz-Friedhof die Leiche eines jungen Mannes gefunden hätte, der eine klaffende Wunde, vollständig blutüberlaufen zeigte, so daß man annahm, daß er einen Schuß erhalten hatte. Zugleich wurde als Wichtigkeit betont, daß die Leiche keine Wertsachen, weder Uhr noch Geld, bei sich hatte. Der Mantel lag in etwa 2 Meter Entfernung und zeigte ebenfalls Blutflecken.

Bei der Wache der Schupo lief um 10 Minuten vor 8 Uhr vormittags die Meldung über den Fund der Leiche ein. In der Meldung hieß es, daß auf dem Wege jenseits des Guten Hirten eine männliche Leiche gefunden worden sei. Beamte der Schupo begaben sich sofort zu der angezeigten Stelle und fanden die Leiche. Sie bemerkten bei der Leiche eine große Blutlache, der Körper war vollständig steif, so daß der Tod schon einige Zeit vorher eingetreten sein mußte. Der Mantel lag in geringer Entfernung von der Leiche. Vom Mantel bis zur Fundstelle befanden sich Blutspuren. Es wurde sofort die Stelle in einem Umkreise von etwa 10 Metern abgesperrt und die Kriminalpolizei benachrichtigt, die um 8,30 Uhr zur Stelle war. Gegen 10,30 Uhr traf auch die Mordkommission ein. Es wurde nun der Diensthund „Tasso" gegen 10 Uhr eingesetzt, der die Spur aufnahm und etwa 50 Meter verfolgte. Dann war eine Verfolgung nicht mehr möglich. Wie die Ermittelungen ergaben, handelt es sich bei dem Toten um den Bäckergesellen Wilhelm Leifkes, der Bremerstraße 58 wohnhaft ist. Die Leiche wurde zur Leichenhalle des Zentralfriedhofes gebracht. Die weitere Untersuchung ist im Gange.

# Weihnachtsferien des Reichstages.

pd **Berlin**, 17. Dezember. (Tel.)

Bei der Abstimmung über die Lohnsteuersenkung (vgl. Sonntagsausgabe das M. A.) verfiel der volksparteiliche Antrag über die Wiedereinführung des dreijährigen Durchschnitts bei der Veranlagung mit 218 gegen 133 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ablehnung. Annahme fand die Ausschußentschließung, die die Regierung ersucht, einen Ausschuß zur Prüfung der Frage des dreijährigen Durchschnitts bei der Veranlagung einzusetzen.

Das Haus setzt dann die **Aussprache über den Bericht des Ruhruntersuchungsausschusses** fort. Mit der Beratung verbunden wurden die neuen sozialdemokratischen und demokratischen Anträge, wonach der Reichstag seine Mißbilligung über die im Ausschuß festgestellten Tatsachen ausspricht.

Abg. **Holzammer** (WP.) wies darauf hin, daß das Gewerbe im Ruhrkampf am schwersten geschädigt worden sei, namentlich das Gastwirt- und Speditionsgewerbe.

Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) erklärte, der Verrat an Schlageter und der Abschluß der Micumverträge mit den Franzosen lägen auf der gleichen Linie.

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragte darauf Herbeirufung des Reichskanzlers.

Auf Vorschlag des Präsidenten einigte sich das Haus dahin, die Weiterberatung dieses Gegenstandes bis nach den Ferien zu vertagen. Der Haushaltsausschuß wird ermächtigt, mit der Vorberatung des Etats während der Ferien schon zu beginnen.

Das Haus vertagte sich auf den 19. Januar 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Haushalts für 1928. Schluß 16¼ Uhr.

# Baukosten einst und jetzt.

Die Wohnungsfrage ist nach mehr als einer Richtung hin ein äußerst schwieriges Problem. Die Forderung nach neuen Wohnungen und dementsprechend nach Neubauten stößt nicht zuletzt auch auf die Schwierigkeiten, die in der höheren Preisgestellung für alles zum Bauen Nötige liegen. Außer den Löhnen und den allgemeinen Nebenkosten bestimmen sich ja doch die reinen Baukosten nach den Baustoffpreisen, und diese Preise haben seit langem eine steigende Tendenz. Wie es in einer Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung heißt, die der Reichsarbeitsminister fertiggestellt hat, hat der Bauindex eine Steigerung von Mitte Juni 1926 von 157 auf 176 im Oktober 1927 erfahren. Hält man zum Vergleich die Baukosten, die normalerweise im letzten Wirtschaftsjahr vor dem Kriege aufgewandt wurden, an die Baukosten der Nachkriegszeit, so ergibt sich folgende Kurve: im November 1923 betrugen sie 128,7 Prozent des Standes von 1913, im Januar 1924 134,4 Prozent, im Dezember 1924 163 Prozent, im Januar 1925 168,1 Prozent, im Juli 1927 175,1 Prozent, im Oktober 1927 endlich 176 Prozent. Auch der Anteil, den jeweils Löhne und Baustoffkosten an den Gesamtaufwendungen haben, ist von Interesse. Im Jahre 1913 betrug der Kostenanteil der Löhne an den gesamten Bauaufwendungen 36,95 Prozent, und demgemäß war der Anteil der Baustoffe 62,70 Prozent. Im Jahre 1926 war der Kostenanteil der Löhne auf 39,99 Prozent gestiegen, der Anteil, den die Baustoffkosten hatten, dagegen um eine Kleinigkeit auf 60,01 Prozent gesunken. In der schon erwähnten Denkschrift nimmt der Arbeitsminister auch zu der Frage Stellung, was von seiten des Reiches gegenüber dieser ständig steigenden Tendenz der Baustoffpreise geschehe. Die Klagen, so sagt er, über die Steigerung der Baustoffpreise, haben bereits Anfang April 1927 den Reichsarbeitsminister veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß jede unberechtigte Überspannung der Preise zu einer schweren Störung der Entwicklung des Wohnungsbaues führen muß, und daß es sich nicht vertreten läßt, in erheblichem Umfang öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn nicht gleichzeitig eine angemessene Bindung der Baustoffpreise erreicht wird. Die Länder sind gebeten worden, der Preisgestaltung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In diesem Zusammenhang weist das Reichsarbeitsministerium die Länder auf den Holzmarkt hin, auf dem es besonders gelte, einer Steigerung der Preise entgegenzuwirken. Was nun die Löhne im Baugewerbe anbelangt, deren Anteil an den Baukosten wie gesagt um 40 Prozent herumtendiert, so sind diese seit der Stabilisierung mit Schwankungen langsam gestiegen. In Prozentsätzen des Vorkriegslohns ausgedrückt, betrug der Lohn im Januar 1925 für Maurer und Zimmerer 120,1 Prozent, für Bauhilfsarbeiter 128,7 Prozent, im Januar 1926 für diese beiden Kategorien 161,3 Prozent und 167,9 Prozent, im Januar 1927 sind es 160,4 Prozent und 165.6 Prozent, im Mai 1927 endlich 168,8 Prozent und 175,4 Prozent. Damit dürften die wesentlichsten Vergleichspunkte für die Baukosten von einst und jetzt gegeben sein.

# Aus der Stadt Münster.

**Münster**, 19. Dezember.

+ **Die nächste Rentenzahlung für Kriegsopfer.** Wie der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener mitteilt, erfolgt die Auszahlung der Kriegsopferrenten durch die Post diesmal bereits vom 28. Dezember 1927 ab. Es wird nochmals eine Vorauszahlung auf die zu erwartende Rentenerhöhung in gleicher Höhe wie im vorigen Monat geleistet. Mit der Umrechnung der Versorgungsgebührnisse nach der neuen Novelle zum Reichsversorgungsgesetz sind die Versorgungsämter gegenwärtig beschäftigt. Nach Abschluß dieser Umrechnung erhalten die Beschädigten eine einmalige Nachzahlung auf dem Postscheckwege und zwar soll sie bis zum 15. Januar 1928 ausgezahlt sein. Die Nachzahlung für die Kriegshinterbliebenen wird mit der Auszahlung der laufenden Rente für den Monat Februar Ende Januar 1928 verbunden. Nachgezahlt wird der Unterschiedsbetrag zwischen den Bezügen nach der neuen Novelle und der für die Zeit vom 1. 10. 1927 bis 31. 1. 1928 bereits ausgezahlten Renten.

+ **Der Sauerländer Heimatbund** (Ortsgruppe Münster) hatte seine Mitglieder und Freunde des Sauerlandes eingeladen zu einer Grimme-Gedenkfeier, die am Dienstag, den 13. dieses Monats, im Vereinslokale, Gasthof Monopol, stattfand und die sich eines regen Besuches erfreute. Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden, welche die mannigfaltigen Beziehungen des sauerländischen Dichters zu Münster aufzeigte, nahm der in weiten Kreisen des Sauerlandes, besonders in der sauerländischen Heimatbewegung bestens bekannte Schriftsteller Dr. Luhmann das Wort zu einer inhaltlich wie sprachlich wertvollen Gedenkrede auf unseren Heimatdichter Grimme, der vor 100 Jahren — Weihnachten 1827 — in dem Dörfchen Meininghausen bei Olsberg als Lehrerssohn das Licht der Welt erblickte. Es war ein tiefes Erlebnis, durch eine so warmherzige und feinfühlige Dichternatur in die erd und volksentsprossene Dichtung unseres Friedrich Wilhelm Grimme eingeführt zu werden. In klaren, feinsinnigen Ausführungen und mit wohlabgewogenem Urteil würdigte Luhmann das vielseitige dichterische wie volkskundliche Schaffen Grimmes und wußte vor allem auch ein ansprechendes Bild von dem edlen und aufopferungsfähigen Menschen zu entwerfen. Friedrich Wilhelm Grimme, der Sänger der „deutschen Weisen", der Klassiker des westfälischen Schwankes und Künder wie Deuter von sauerländischem Land und Volk lebt heute noch und mit ihm sein Werk. Der überaus herzliche Beifall zeigte dem Redner, wie reichlich er alle Anwesenden tiefinnerlichst beschenkt hatte. Nach einigen heimatlichen Liedern wurden die trefflichen Ausführungen Luhmanns ergänzt und vertieft durch Rezitation mehrerer hochund plattdeutscher Dichtungen Grimmes, die ebenfalls recht dankbar aufgenommen wurden. Die würdige Gedenkfeier, so ganz dem Wesen des Dichters angepaßt, hinterließ den günstigsten Eindruck und dürfte vielen Teilnehmern neue Quellen edelster und reinster Freude erschlossen haben.

+ **Ballonaufstieg.** In der Nacht zum Sonntag stieg der Ballon „Münster VII" mit Frl. Marianne Hessing und Herrn Poetter und zwei Mitfahrern zu einer Winternachtfahrt auf, die für die Teilnehmer zu einem vollendeten Genuß wurde. Sie bekamen zwar in der Nacht eine reichliche Schneelast mit auf den Weg, erlebten aber dafür einen wundervollen Sonnenaufgang. Um 9,30 Uhr gingen sie zu einer Zwischenlandung bei Berg-Gladbach nieder. Nach Aussetzung eines Mitfahrers stieg der Ballon um 10,15 Uhr wieder auf, erreichte unter den erwärmenden Strahlen der Sonne, nachdem er die Wolkendecke durchstoßen hatte, eine Höhe von 2000 Metern. Die endgültige Landung erfolgte sehr glatt um 12 Uhr bei Brühl bei Köln.

# **In eine gefährliche Lage** geriet am Samstagnachmittag auf der abschüssigen und zur Zeit glatten Chaussee zwischen Nobiskrug und Handorfer Chaussee ein Radfahrer. Er bog in flotter Fahrt einem ihm begegnenden Pferdefuhrwerk aus in dem Augenblick, als dieses von einem von Münster kommenden Automobil überholt wurde. Auf diese Weise begegneten sich auf der Stelle zwischen Fuhrwerk und Chausseerand Auto und Radfahrer. Der Autolenker bog weiter scharf links aus, um dem Radfahrer Platz zu lassen, durchzufahren. Der Radler verlor aber die Geistesgegenwart und fuhr unmittelbar gegen das Auto Er fand sich auf dem Kühler wieder, sein Rad geriet unter den Wagen und wurde zertrümmert.

**Ein Kaminbrand** entstand Sonntag nachmittag in einem Hause an der Wilmergasse. Die Feuerwache war alsbald zur Stelle und verhütete, daß größerer Schaden entstand.

## Die Glockenweihe in St. Joseph.

fi **Münster**, 19. Dezember.

Die Pfarrgemeinde St. Joseph hatte am Sonntag einen Freudentag. Sie feierte den Tag der Weihe der beiden großen Glocken, die bekanntlich noch Ende August 1918 ein Opfer des Krieges geworden waren. Freilich sollten sie keine Verwendung im rauhen Kriegshandwerk mehr finden, so daß man gleichsam von ihnen sagen kann: sie sind heute zu ihrer Pfarrkirche zurückgekehrt. Die beiden Glocken, gestimmt auf die Töne d und c (die der drei kleineren sind g, a, c), entstammen der bekannten Glockengießerei Petit und Gebr. Edelbrock in Gescher, wo sie am 2. Dezember gegossen wurden. Am Samstag trafen sie hier ein und wurden vor der Pfarrkirche, mit Tannenkränzen geschmückt, aufgestellt.

In der 11-Uhrmesse hielt Pfarrer Druffel eine dem Sinne der Weihe entsprechende Festpredigt. Der heutige Tag bildet eine Vorfreude des hochheiligen Weihnachtsfestes. Es sollen die beiden neuen Glocken geweiht werden, um uns das frohe Christfest einzuläuten Es war am Samstagnachmittag ein erhebender Anblick, ein ergreifender Augenblick, als die Glocken vor der Pfarrkirche St. Joseph anlangten, im feierlichen Jubelgeläute von den Schwesterglocken begrüßt Ende August 1918 mußten wir Abschied nehmen von ihnen. Sie sollten in den Krieg ziehen, damit ihr Metall verwandt werde zur Rettung des Vaterlandes. Mit stiller Wehmut erinnern wir uns der harten Schläge, mit denen sie seinerzeit dort oben auf dem Turme zertrümmert wurden, um dann abtransportiert zu werden. Doch schon stand das Kriegsende vor der Tür, und das Metall sollte für seine Zwecke nicht mehr in Frage kommen. Und so können wir heute Gott danken, daß er es der St Josephspfarre ermöglicht hat, diese neuen Glocken zu beschaffen. Wir grüßen sie als die heimgekehrten Sieger. Zwar sind sie neu, und doch die alten Glocken mit den alten Tönen, die in rechte Harmonie mit den Tönen der drei übrigen Glocken zu bringen für die Glockengießerei nicht leicht war. Aber der Guß ist wohlgelungen, wie auch das fachmännische Gutachten bekundet. Und wenn wir die Glocken am Hl. Abend und am Weihnachtsfeste erklingen hören, dann werden uns ihre schönen, hehren Töne als etwas Bekanntes in die Ohren schallen. Die größte der beiden Glocken ist die Salvator(Heiland)-Glocke mit dem Beinamen Christus-König-Glocke, die zweite ist die Lambertus-Glocke mit dem Zunamen Petrus-Canisius-Glocke. Glocken gehören nicht in den Krieg. Nur ernsten, heiligen Dingen ist ihr metallener Mund geweiht. Glocken sind selige Stimmen vom Himmel, Stimmen des Friedens, des Lebens. Die Salvatorglocke ruft uns zu: „Kommet alle zu mir, die ihr mühselig seid und beladen, ich will euch erquicken." Sie trägt die Inschrift: Te, Salvatorem omnium, / Te, Christe Regem gentium, / Te Dominum pacificum / Laudo per omne saeculum (Dich, Heiland aller, Jesu Christ, der du der Völker König bist, Dich Herr, der uns den Frieden bringt, Dich lobe ich in Ewigkeit.) Sie hat den Beinamen Christus-König-Glocke, weil sie uns zeigen soll, daß wir die Herrschaft Christi anzuerkennen haben, daß Christus unser König ist. Pax Christi in regno Christi: Der Friede Christi im Reiche Christi. Die Lambertusglocke, die uns in der St. Josephspfarre daran erinnern soll, daß wir Kinder der St. Lamberti-Mutterpfarre sind, soll uns besonders sagen: Katholische Christen, wenn ihr meine Stimme höret, dann wisset, es ist die Stimme eines hl. Bischofs, der sein Blut für seinen Glauben dahingab. Auch ihr müßt bereit sein, für euern Glauben einzutreten und alles hinzuopfern. Den Beinamen des berühmten Glaubenshelden Petrus Canisius trägt die zweite Glocke, um uns zum treuen Festhalten am katholischen Glauben zu mahnen, in der katholischen Religion die rechte Aufklärung, die rechte Bildung zu suchen. Ihre Inschrift lautet: Quotiens cumque me auditis, Lamberti et Canisi fetis. (So oft mein Ruf an euch ergeht, Lambertus und Canisius leben) 1927. Die Glocke ist geziert mit einem wohlgelungenen Bildnis des hl. Petrus Canisius, während die Salvatorglocke ein schönes Christus-König-Bild schmückt, umrahmt von den Worten: Ego Rex, Vacem meam do vobis. (Ich bin der König, meinen Frieden gebe ich euch) An anderer Stelle dieser Glocke liest man noch die Worte: Campanae tres minores fusae sunt anno 1914, duae maiores, tempore belli magni, pro patria oblatae, denno fusae anno 1927, parocho Bernardo Druffel a Petit et Edelbrod Gescher. (Die drei kleineren Glocken sind gegossen worden im Jahre 1914, die beiden größeren, zur Zeit des großen Krieges für das Vaterland geopfert, wurden von neuem gegossen im Jahre 1927 unter Pfarrer Bernard Druffel von Petit und Edelbrock Gescher.)

Pfarrer Druffel betonte am Schlusse seiner Festansprache, daß es lediglich der Entschlossenheit des Männervereins und den hochherzigen Spenden mancher Wohltäter zu danken sei, daß die Glocken hätten bestellt werden können. Allen denen, die für die gute Sache ihr Scherflein beigetragen, gebühre inniger Dank. Noch daher an alle Pfarreingesessenen die Bitte, auch weiterhin ihre Beihilfe nicht zu versagen. Dann folgte ein Gebet, in dem der Segen Gottes auf die neuen Glocken herabgefleht wurde.

Nach dem Gottesdienst begab sich Pfarrer Druffel mit der übrigen Pfarrgeistlichkeit und dem Kirchenvorstand in feierlichem Zuge, an dem sich auch die Fahnenabteilung des Männervereins beteiligte, vor das Hauptportal der Kirche, um hier in Gegenwart einer vielhundertköpfigen Menschenmenge und unter feierlichem Glockengeläute die kirchliche Weihe der neuen Glocken vorzunehmen. Die kurze, eindrucksvolle Feier fand ihren Abschluß mit dem Absingen des ambrosianischen Lobgesanges, in den die Umstehenden mit andachtsvoller Begeisterung einstimmten.

*

Das vom Domchordirektor i. R. Cortner erstattete Gutachten über den Guß der Glocken lautet: „Dem Glockengießer war die nicht leichte Aufgabe gestellt, zu drei höheren Glocken c, g, a (vertieft) zwei tiefere Glocken, genannt c und d (vertieft) zu gießen. Die Aufgabe ist gut gelungen. Die neuen Glocken haben die kontraktlich bestimmten Töne c und d, bilden also eine große Sekunde. Jeder Ton ist rein, klangvoll und sehr nachhallend. Zu den vorhandenen Glocken stehen die neuen Glocken im richtigen Verhältnis. Wie auch durch den Appunischen Stimmapparat konstatiert ist, treten die entsprechenden Nebentöne klar und deutlich hervor. Wegen der schweren Rippe, in der die Glocken gegossen sind, ist die Sext statt der Quinte vorhanden. Das Gesamtgeläute muß mithin von majestätischer Wirkung sein. In gußtechnischer Hinsicht entsprechen die neuen Glocken allen Anforderungen, die man an gute Glocken stellen kann. Der Unterzeichnete empfiehlt die neuen schönen Glocken, die dem Glockengießermeister zur Ehre gereichen, aufs wärmste. Mögen die neuen Glocken, die eine würdige Ergänzung des bis jetzt vorhandenen Geläutes bilden, auf lange Jahre erklingen zur Ehre Gottes und Erbauung der Gläubigen von Münster (St. Josef."

## Vierzigjähriges Priesterjubiläum zweier Weihbischöfe.

### Weihbischof Dr. Scheifes.

Am 17. Dezember konnte der hochw. Herr Weihbischof Dr. theol. Johannes Scheifes nebst acht weiteren Priestern der Diözese Münster auf eine 40jährige segensreiche Tätigkeit zurückblicken im Dienst der Kirche. Dr. Scheifes stammt aus Aldekerk bei Geldern am Niederrhein; er machte seine philosophischen Studien an der damaligen Akademie in Münster, wo er am 17. Dezember 1887 zum Priester geweiht wurde Am gleichen Tage, an dem der jetzige hochw. Herr Bischof Johannes Poggenburg zum Rektor von Unter-Meiderich im damaligen Dekanat Ruhrort ernannt wurde, wurde Kaplan Scheifes zum Rektor von Ober-Meiderich bestimmt (20. Oktober 1898). Im Jahre 1906 übernahm Scheifes die „Aldegundis"-Pfarre in Emmerich, die damals schon über 10 000 Katholiken zählte. Im Jahre 1919 ernannte Bischof Dr. Poggenburg ihn zum „Wirklichen Domkapitular" an der Domkirche in Münster. Als der Weihbischof Kappenberg 1921 das Zeitliche segnete, erbat sich der Bischof den Domkapitular Scheifes vom Hl. Vater als Weihbischof. Papst Benedikt XV. ernannte im Geheimen Konsistorium vom 7 März 9.. Domherrn Dr. Scheifes zum Bischof von Cestrus und Weihbischof von Münster. Am 24. April 1921 konsekrierte Bischof Johannes Dr. Scheifes in Münster zum Bischof. Am 31. Oktober 1923 wurde er zum Domdechanten ernannt. In der Reihe der münsterischen Weihbischöfe, deren erster Bernhard von der Lippe im Jahre 1218 diese Würde bekleidete, ist Dr. Scheifes der Diözese Münster noch lange erhalten bleiben.

### Weihbischof Dr Deitmer.

Weihbischof Deitmer, Berlin feiert am 17. Dezember sein 40jähriges Priesterjubiläum. Am 12. August 1865 wurde er zu Münster i. Westf. geboren. Dort verbrachte er auch seine Gymnasialzeit. Vier Semester besuchte er die Universität zu Innsbruck um dann an der damals noch „Königlichen Akademie" und am Priesterseminar seiner Heimat özese seine Studien abzuschließen. Am 17. Dezember 1887 empfing er die heilige Priesterweihe. Seine erste Stelle wurde ihm im berühmten Wallfahrtsort Revelaer übertragen. Sein Priesterherz wurde gepackt durch die Kunde vom Ringen des Katholizismus in der Reichshaupt adt, die äußerlich gerade in den Jahren um 1890 in ungeahntem Maße wuchs. Aus der Diözese Münster gingen zu dieser Zeit mehrere Geistliche in die Delegatur, um den argen Mangel an Seelsorgern in etwa abstellen zu helfen. Am 1. Oktober 1892 wurde er zum Kaplan an St. Matthias in Berlin ernannt. Das war freilich ein anderes Arbeiten, als am stillen Wallfahrtsort; doch ging es auch hier um Seelen. Schon nach einem Dreivierteljahr wurde er zum Kuratus an der neuen Kuratie Steglitz ernannt. Zunächst galt es, ein würdiges und ausreichendes Gotteshaus zu bauen. Die alte Kapelle reichte für die 6000 Seelen zählende Gemeinde nicht aus. Außerdem war kein Pfarrhaus vorhanden, das als Stützpunkt geordneter Seelsorge hätte dienen können. Am 1. April 1894 wurde das neue Pfarrhaus bezogen, am 11. November 1900 die neue Pfarrkirche durch Kardinal Kopp konsekriert.

Seine unermüdliche Arbeit für die Seelen der ihm anvertrauten Gemeinde, seine Aufgeschlossenheit für die Fragen der modernen Seelsorge und nicht zuletzt sein schlichter, tief innerlicher priesterlicher Wandel lenkten die Augen des Fürstbischofs auf ihn, als im Jahre 1920 die Stelle des Delegaten für die wichtigen Provinzen Brandenburg-Pommern besetzt werden sollte. Am 15. August trat er das neue Amt an, von allen, die ihn näher kannten, mit außerordentlicher Freude begrüßt.

Der wachsenden Bedeutung Berlins entsprechend, aber sicher auch in ehrender Anerkennung seiner Tätigkeit, wurde er auf Vorschlag des Kardinals Bertram vom Heiligen Vater als zweiter Weihbischof von Breslau zum Titularbischof von Sora ernannt und empfing aus der Hand seines Oberhirten am 1. Mai 1923 die bischöfliche Konsekration.

## Aus den Provinzen.

**St. Mauritz**, 17. Dez (Ein Zimmerbrand) entstand gestern in einem Hause in der Bauerschaft Werse. Von den über dem Ofen zum Trocknen aufgehängten Wäschstücken ist ein Stück von der Leine herab auf den Ofen gefallen, das zu brennen anfing. Das Feuer griff auch gleich auf die noch auf der Leine hängenden Wäschstücke über Der entstandene Schaden beläuft sich auf 80 Mark.

**Amelsbüren**, 17. Dez. (Gestohlen) wurde einem Landwirtvolontär aus seiner Schlafstube ein gelbfarbiger Pullover, ein Sportriemen und ein Oberhemd. Dem Täter ist man auf der Spur.

w **Stadtlohn**, 17. Dez. (Gefährliche Einbrecherverfolgung.) Nach einem erfolgreichen Fahrraddiebstahl versuchten die Verbrecher, bei dem hiesigen Fahrradhändler Mais die Räder nicht gefahrbereit zu machen. Mais hatte aber vorher von der Polizei einen Wink bekommen und alarmierte Nachbarn und Polizei. Man nahm die Verfolgung der Diebe auf. Ihre Beute von sich werfend, versuchten die Verbrecher in einen nahen Wald zu entkommen. Als ihnen die Verfolger hart auf den Fersen waren, fiel plötzlich ein Revolverschuß. Ein Verbrecher wurde verhaftet, und er verriet seinen Komplizen. Bei diesem handelte es sich um den Händler August Kentrah in Altenessen. In der bald folgenden Gerichtsverhandlung wurde K. wegen Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Noch wegen weiterer Straftaten bekam er eine Gesamtstrafe von viereinhalb Jahren Zuchthaus. In einer jetzigen Verhandlung wurde gegen ihn wegen unbefugten Waffenbesitzes bei dem Fahrraddiebstahl verhandelt Eigentümlicherweise gestand er den Diebstahl und den Waffenbesitz ein. Er bekam deshalb eine Zusatzstrafe von neun Monaten Zuchthaus, weil er die Waffe offensichtlich zu Gewalttaten gegen Menschen benutzen wollte.

♂ **Vreden**, 17. Dez. (Die Generalversammlung der Abendgesellschaft) war von den Mitgliedern außerordentlich gut besucht. Kein Wunder! Stand sie doch ganz im Zeichen des neuen Stückes „Kirro de Buck", dessen Aufführungen zunächst endgültig auf den 15., 18. un 22. Januar festgelegt wurden. Nach einer kurzen Abrechnung über „Thomas Becket" wurde das neue Spiel in Angriff genommen. Einen weiten Raum nahmen am Schluß der Versammlung die Besprechungen über die Bühnenausstattung ein. Es soll vor allem darauf gesehen werden, daß gerade diese eine überaus glänzende werden wird. Der Chinesenakt mit dem großen Tempel soll besonders wirkungsvoll gestaltet werden. Auch über die Beschaffung der Götzenstandbilder wurde eine Einigung erzielt. Sollten sie nicht mehr von Ahaus zu haben sein, so wird Herr Kentrup dieselben in tadelloser Neuausführung herstellen. Der letzte Akt wird einige Vredener Sensationen bringen, über deren Vorschläge man sehr gespannt sein dürfte. Die Bühnenarbeiten beginnen bereits in der kommenden Woche. Die Proben für die Spieler setzen in der Woche nach Neujahr ein. Darauf schloß der Vorsitzende die so äußerst anregend verlaufene Generalversammlung.

♂ **Bottrop**, 17. Dez. (Verurteilung von Kassenräubern.) In der Nacht zum 3. Juli dieses Jahres wurde im Bottroper Arbeitsamt ein verwegener Kassenraub ins Werk gesetzt, der glücklicherweise mißlang. Die Bergleute Alexander Schulz, Heinrich Schlagkamp und Kurt Puschmann hatten sich verabredet, die 30 000 Mk. betragende Geldsumme, die am folgenden Tage für die Erwerbslosen ausgezahlt werden sollte, gewaltsam zu rauben. Während Schulz damit beschäftigt war, die Türen zum Kassenraum aufzusprengen, wurde der Helfershelfer Schlagkamp, der Schmiere stand, von der Polizei verhaftet. In der Morgenfrühe, als Schulz nach mehrstündiger Arbeit die Eingangstür erbrochen hatte und bevor er die Sprengung des Kassenschrankes vornehmen konnte, Leute im Gebäude wahrnahm, ergriff er die Flucht, nahm ein Fahrrad und fuhr nach Hamburg. Dort wurde er verhaftet, zwei Pistolen, die er in einem hiesigen Waffengeschäft gestohlen hatte, wurden beschlagnahmt. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte ihn heute zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, Schlagkamp erhielt wegen Beihilfe 5 Monate Gefängnis, Puschmann, der unmittelbar vor der Tat zurückgetreten war, wurde freigesprochen.

# **Essen**, 16. Dez. (Mordversuch an der eigenen Frau.) In der Nacht zum Freitag spielte sich in Kray im Hause Hubertstraße 24 eine Familientragödie ab, die nur durch Zufall kein Todesopfer forderte. In diesem Hause wohnt der 26jährige Arbeiter August Bonin mit seiner Frau. Die Familienverhältnisse sind die denkbar unglücklichsten, da die Frau in ihrer 5jährigen Ehe ständig unter den brutalen Mißhandlungen ihres Mannes zu leiden hat. Bonin ist ein arbeitsscheuer Bursche, der wenn er wirklich einmal für ein oder zwei Tage Arbeit gefunden hat, diese unter Vorschützen von Krankheit wieder aufgibt. Das verdiente Geld verbrauchte er in leichtsinniger Gesellschaft oder setzte es in Alkohol um. Donnerstag abend gegen 6 Uhr kam Bonin nach Hause und verließ bald darauf die Wohnung mit dem Bemerken, er habe Wut und müsse erst einen Schnaps trinken. Nachts gegen 1 Uhr kehrte er dann zurück und fing mit seiner Frau einen Streit an. Im Verlauf der Auseinandersetzung forderte er seine Frau auf, ihm einen Strick zu bringen. Wenn auch Frau Bonin den Zweck des sonderbaren Wunsches ihres Mannes nicht durchschaute, so war sie jedoch mißtrauisch geworden und leistete dem Befehl keine Folge. Hierauf ging der Mann an die Schublade, nahm aus ihr ein Stück Kordel und schlang es seiner Frau um den Hals. Bei dem Versuch, den Bindfaden zuzuziehen, riß dieser. Als B. dies merkte, stieß er seine Frau zurück, so daß sie auf den Fußboden fiel und sich eine Verletzung zuzog. Trotzdem dieser Mordversuch gescheitert war, gab der brutale Mensch seine Absicht nicht auf, vielmehr suchte jetzt nach einem Messer. Da aber andauernd Familienstreitigkeiten herrschten, hatte Frau Bonin die Messer eingeschlossen. Als ihr Mann nun an den Küchenschrank ging, flüchtete die Frau aus der Wohnung auf den Marktplatz, da sie fürchtete, ihr Mann könne evtl. doch ein Messer finden. Auch dorthin folgte Bonin, und er konnte nur durch das Eingreifen anderer Leute, die auf die Hilferufe der Frau herbeigeeilt waren, an der Ausführung seiner Absicht verhindert werden. Er begab sich nunmehr in seine Wohnung zurück, wo er dann von der Polizei verhaftet wurde. Ganz besonders hatten auch die drei Kinder, von denen das jüngste erst zwei Monate und das älteste vier Jahre alt ist, unter diesen dauernden Streitigkeiten und unter der Lieblosigkeit des Vaters zu leiden. So hat er einmal seinen Kindern die Kopfhaut mit unverdünntem Lysol eingerieben. Ein anderes Mal hat er, als seine Frau im Krankenhause lag, die Kinder 2½ Tage in der Wohnung eingeschlossen. Während dieser Zeit trieb er sich herum, ohne sich auch nur im geringsten um seine Kinder zu bekümmern Für diese Untat ist er am 25. September zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, hatte die Strafe aber noch nicht angetreten. Die Kinder wurden nach Bekanntwerden des Vorfalles der Fürsorge übergeben.

## Das Urteil im Ahrensdorf-Prozeß.

tu **Frankfurt** a. d. Oder, 17. Dez. Im Ahrensdorf-Prozeß wurde kurz nach 18,45 Uhr folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte August Schmelzer wird wegen Totschlags und Totschlagversuches zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt.

Der Angeklagte Paul Schmelzer, der Vater, wird wegen Beihilfe zum Totschlag und versuchten Totschlages zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr sechs Monaten, sowie wegen Vergehens gegen die Verordnung über Waffenbesitz zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten. Paul Schmelzer wird wegen Fluchtverdachtes in Haft genommen.

In der Urteilsbegründung wies Landgerichtsdirektor Dr. Rothe darauf hin, daß sich das Drama auf dem grausigen Hintergrund innerpolitischer Zerrissenheit abgespielt habe. Es bestehe unter den verschiedenen Lagern ein Zustand, den man objektiv als den der Verhetzung bezeichnen könne Das Gericht habe ohne Ansehen der Person zu richten. Wollte es sich nach der öffentlichen Meinung richten, so wäre es ein Vollzugsausschuß. Der Vorsitzende schilderte dann die Vorgänge und erklärte, daß alles, was nicht klargestellt werden konnte, zugunsten der Angeklagten bewertet werden mußte. Bei August Schmelzer sei das Gericht zu dem Ergebnis gekommen, daß er des Totschlags schuldig sei. Schwieriger sei die Frage der Schuld des alten Schmelzer zu beurteilen, für dessen Mittäterschaft die Beweisaufnahme nichts ergeben hätte. Zweifellos wäre die Tat des August Schmelzer nicht erfolgt, wenn der Vater versucht hätte, die Tat zu verhüten. Es möge zweifelhaft sein, ob in diesem Unterlassen schon der Rechtsbegriff der Beihilfe gegeben sei Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß Paul Schmelzer nicht nur durch diese Unterlassung, sondern auch positiv Beihilfe geleistet habe. Bei August Schmelzer komme Strafmilderung in Frage, da er Psychopat sei. Das sei aber nur ein Milderungsgrund, während das Gesetz mehrere verlange. Das Gericht habe ihm daher mildernde Umstände versagen müssen. Es habe aber auf die geringste zulässige Zuchthausstrafe erkannt. Auch bei dem Vater seien mildernde Umstände nicht zu erkennen. Bei ihm sei weiter berücksichtigt worden, daß es erwiesen sei, daß seine Wirtschaft die Kosten des Prozesses kaum tragen könne. Das allein sei eine schwere Strafe für ihn. Damit sei auch Fluchtverdacht gegeben, weshalb die sofortige Verhaftung beschlossen worden sei. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende, wenn die sich feindlich gegenüberstehenden Volksgenossen der beiden Lager Veranlassung nehmen wollten, trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten zukünftig die Meinung des anderen als solche zu ehren, so würden die Opfer von Ahrensdorf nicht umsonst gewesen sei

Die Angeklagten nahmen das Urteil verhältnismäßig ruhig auf. Nur August Schmelzer zitterte stark. Die Erklärung über die Revision behielten sie sich vor.

# Handel und Volkswirtschaft.

## Amerika erobert den fernen Osten.

### Beschränkte deutsche Konkurrenzfähigkeit.

Die wirtschaftliche Erschließung des fernen Ostens hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. In erster Linie ist hierfür die Verschiebung des Weltfinanzschwergewichtes von Europa nach den Vereinigten Staaten von Amerika maßgebend gewesen, daneben natürlich auch die Aufwärtsbewegung der wichtigsten Rohstoffpreise. Die Gummihausse hat in den holländischen und englischen Besitzungen den dortigen Farmen und Händlern gewaltige Gewinne eingebracht. In Indien waren es die Jute-Farmer, in China die Holzöl-Produzenten, in Malaya die Zinn-Minen, in Niederländisch-Ostindien die Pfefferanbauer, welche zu unerhört hohen Weltmarktpreisen ihre Erzeugnisse absetzen konnten. Dabei handelt es sich hier nur um einen geringen Ausschnitt der allgemeinen Hochbewegung. Die finanzielle Stärkung der einzelnen Länder begünstigte außerdem die Tendenzen durch die Schaffung eigener Industrien, sich im Bezug der Fertigwaren aus Europa unabhängig zu machen.

Amerikas Wirtschaftsaufschwung war insofern für den fernen Osten von großer Bedeutung, weil durch die Goldinflation dieses Staates und durch den europäischen Bedarf, während der Krieges und in der ersten Nachkriegszeit, die Rohstoffnotierungen und wichtige Nahrungsmittelpreise sämtlich eine aufwärts gerichtete Tendenz zeigten. Diese wurde dadurch verstärkt, daß mit der Besserung des amerikanischen Lebensstandards die amerikanischen Bezüge aus den Ländern des fernen Ostens sich gewaltig steigerten. Amerika ist denn auch der Hauptnutznießer und Träger des wirtschaftlichen Aufschwunges des fernen Ostens gewesen und wird es voraussichtlich auch bleiben. In der Zeit von 1913 bis 1926 steigerten die U. S. A. ihren Export nach Neuseeland, Japan, China und den Ländern bis nach Britisch-Indien hin, von Dollar 462 Millionen auf Dollar 2 215 Millionen. Der Anteil der östlichen Länder am amerikanischen Gesamtimport betrug vor dem Kriege erst 12 Prozent, 1926 jedoch 30 Prozent, umgekehrt bezifferten sich die Bezüge der östlichen Staaten an der amerikanischen Gesamtausfuhr gemessen 1913 erst auf 7 Proz., 1926 auf 14,6 Prozent. Die wichtigsten amerikanischen industriellen Exporterzeugnisse waren 1926 nach den fernöstlichen Ländern Maschinen im Werte von 72 Millionen Dollar, Automobile und Automobilreifen 79 Millionen, Petroleum mit 106,8 Millionen Rohbaumwolle 126,8 Millionen, Eisen- und Stahlerzeugnisse 58 Millionen, Holzwaren 31 Millionen, Baumwollgewebe 15 Millionen und Getreide 23 Millionen Dollar. China bezog 1913 aus den U. S. A. für insgesamt 23 Millionen Dollar, 1926 für 110 Millionen Dollar, Japan entsprechend 61 Millionen bzw. 261 Millionen Dollar; Australien 43 Millionen bzw. 169 Millionen Dollar; Neuseeland 10 Mill. bzw. 42 Millionen Dollar; Britisch-Indien 11 bzw. 50 Mill. Dollar; Malaya 4 entsprechend 14 Mill.; holl. Ostindien 3 bzw. 28 Millionen Dollar.

Deutschland ist durch die Konkurrenz der U. S. A. gewaltig als Lieferant zurückgedrängt worden, nur für Maschinen, Eisenwaren und Farbstoffe lag eine Konkurrenzfähigkeit vor. Mit einer Verstärkung der Wettbewerbsverhältnisse muß jedoch auch hier gerechnet werden.

## Der westdeutsche Zementverband in Bochum um 1 Jahr verlängert.

In der am 16. Dezember in Essen abgehaltenen Gesellschafter-Versammlung ist der Gesellschaftsvertrag nur um ein Jahr verlängert worden. Neue Werke sind dem Verbande nicht beigetreten. Die Aufnahme sogenannter Natur-Zementfabriken kam von vornherein nicht in Frage, da sie kein genormtes Produkt herstellen. Die Außenseiter in Portland-Zement, bei denen es sich nur um einige Werke kleineren Umfanges handelt, sind mit kaum einer Ausnahme mit dem Ausbau ihrer Anlagen noch nicht fertig, so daß ein Beitritt dieser Werke schon aus diesem Grunde auf Schwierigkeiten stieß. Da somit die Situation nach wie vor vollkommen undurchsichtig bleibt, ist der Verband nur kurzfristig verlängert worden.

Der Verband hat mit Wirkung vom 17. Dezember in seinem östlichen Absatzgebiet, wo die neu entstandenen Werke ansässig sind und auch in der Hauptsache ihren Absatz suchen, die Preise für Portland-Zement stark herabgesetzt. Die Preisermäßigungen gehen bis zu 70 RM. pro Doppel je 10 To. Portland-Zement.

Ob und inwieweit weitere Maßnahmen gegen Außenseiterwerke erforderlich werden, wird der fernere Verlauf der Dinge erweisen.

### Baumwollnotierungen

tu **Liverpool**, 17. Dez. (Tel.) Schluß. Dez. 10.27, Jan. 10.23, März 10.21, Mai 10.21, Juli 10.18, Okt. 9.89. Tendenz gut behauptet. Umsätze 4000.

tu **New-York**, 17. Dez. (Tel.) Schluß. Dez. 18.93, Jan. 18.88—18.91, März 19.09—19.10, Mai 19.20—19.23, Juli 19.22—19.23, Okt. 18.71—18.73. Tendenz: stetig. Loco 19,45.

tu **New-Orleans**, 17. Dez. (Tel.) Schluß. Dez. 18.92—18.95, Jan. 18.94—18.96, März 19.15—19.18, Mai 19.26, Juli 19.16—19.20, Okt. 18.64. Tendenz: stetig. Loco 19,10.

### Neue Rekordpreise an Australwollmärkten.

Am 15. Dezember wurden in Sydnen, im Verlauf der derzeitigen Auktionen, laut Londoner Drahtbericht des „Konfektionär", bei guter Konkurrenz 11 800 Ballen fast schlank an die anwesenden Käufer abgesetzt. Unter diesen tätigten Japaner, Franzosen und Deutsche die größten Abschlüsse. Merinoschweißwollen gingen bis 34½, Comebackwollen 25 und Kreuzzuchten gleichfalls 25 Pence per engl. lb. Nur mindermertige Ware ging im Preise um 5 Prozent zurück. — Die nächste Auktionsserie in Sydnen beginnt am 3. Jan. nächsten Jahres, in deren Verlauf ein Gesamtangebot von 185 000 Ballen zur Versteigerung gelangt. — Im Fortgang der derzeitigen Wollauktionen in Geelong gelangten am 15. Dezember etwa 15 000 Ballen unter den Hammer. Bei guter Konkurrenz wurde das Angebot fast ausverkauft.

### Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

| Chicago | 17. 12 | 16. 12 | | 17. 12. | 16. 12 |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Dez. | 123⅝ | 125⅝ | Hafer Dez. | 52¼ | 52⅝ |
| „ März | 128¼ | 128⅝ | „ März | 54⅜ | 55 |
| „ Mai | 130⅜ | 130⅞ | „ Mai | 55⅜ | 56⅝ |
| Mais Dez. | 85 | 86⅛ | Roggen Dez. | 107¼ | 104½ |
| „ März | 87⅞ | 90 | „ März | 103⅞ | 109 |
| „ Mai | 93 | 93⅞ | „ Mai | 109⅛ | 109⅜ |
| **New-York** | 17. 12 | 16. 12. | | 17. 12 | 16. 12. |
| Weizen Domestic Sept. | — | — | Weizen Bonded Okt. | — | — |
| „ Dez. | — | — | „ Dez. | — | — |

Locopreise.

| Chicago | 17 12 | 16 12. | New-York | 17 12. | 16.12 |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Rot. Som.Wint. Nr. 2 | — | — | Weizen Manitoba Nr. 1 | 152 | 160¾ |
| Hart. „ „ „ | — | 128½ | Rot Som.-Wint. Nr. 2 | 147¾ | 143¾ |
| Gemischter Nr. 2 | — | — | Hart. „ „ „ | 143⅛ | 142¾ |
| Hart. Som.-Wint. Nr. 3 | — | — | Mais, neu amk. Feuchte | 91 | 103¾ |
| Mais, gelb Nr. 2 | 83 | 90 | Roggen, Nr. 2 f.o.b. N.Y. | 122⅝ | 122⅞ |
| Hafer, weiß Nr. 2 | 57¾ | 57¼ | Gerste, Malting | 101 | 101 |
| Roggen,